

## Der Pressesprecher in eigener Sache!

Burkhard E. Tiemann

Liebe Parteifreunde und Sympathisanten unserer CDU-Kreistagsfraktion,

wie unsere Chefin in ihrem Editorial treffend beschrieben hat, ist das kommunalpolitische Leben im Kreis Pinneberg in diesen Tagen fast vollständig zum Erliegen gekommen. Dennoch habe ich ein wichtiges Anliegen an Sie.

Als ich vor ziemlich genau einem Jahr das Amt des Pressesprechers antrat, habe ich der Fraktion versprochen, nach den Sommerferien jeden Monat einen Newsletter für Mitglieder und Freunde der CDU herauszugeben. Das habe ich bisher eingehalten, und ich denke, außer einem möglichen Krankheitsfall wird mich davon auch nichts abbringen. Und so nutze ich heute die politikarme Zeit, um bei Ihnen ein mir wichtiges Anliegen zu platzieren.

Nach wie vor lässt die Außendarstellung unserer Fraktion zu wünschen übrig. Das möchte ich noch deutlicher ändern. Ich will nicht nur Kritik üben, sondern Anregungen geben und Sie alle, Sympathisanten der CDU eingeschlossen, zur Mitarbeit motivieren.



Während Fraktionen wie Linke, SPD und Grüne mit eigenen Anliegen, aber auch KWGP und AfD mit teilweise total absurden Ideen an die Medien treten, üben wir als CDU uns eigentlich fast immer in vornehmer Zurückhaltung. Oft gehen wir erst dann mit unserer Auffassung an die Öffentlichkeit, wenn die Entscheidungen schon getroffen sind. Allzu oft haben andere dann unsere Themen bereits besetzt und als deren eigene Idee proklamiert. So kommt es vor, dass unsere Pressemitteilungen oft gar nicht, oder nur stark verkürzt abgedruckt, während die der SPD manchmal überproportioniert publiziert werden.

Diese Feststellung beinhaltet auch Selbstkritik, denn kaum jemand ärgert sich mehr, als ich selbst, wenn wir mit Betroffenen Gespräche über Missstände führen, Ideen entwickeln, wie wir helfen können und die SPD das dann in der Presse

Thema als ihr Anliegen verkauft – so zuletzt geschehen bei der Schülerbeförderung. Letztlich bleibt uns allenfalls ein gemeinsamer Antrag mit der SPD, die dann in der öffentlichen Wahrnehmung aber als die Problemlöserin gilt.

Im Urlaub hatte ich genügend Gelegenheit, darüber nachzudenken, wie wir unsere Ziele schneller und besser transportieren können. Dabei möchte ich Klamauk vermeiden. Natürlich werden wir nicht mit dem Rennrad in den Kreistagssaal fahren, wie einst Burghardt Schalhorn (KWGP). Natürlich werden wir nicht behaupten, E-Autos seien nicht umweltverträglich und deshalb den Fuhrpark des Kreises wieder auf Diesel umrüsten, wie es die AfD vorhatte. Und natürlich werden wir nicht gegen Ausländer und Flüchtlinge hetzen. Wir sollten uns aber auch nicht scheuen, deutlich zu machen, was wir von den Menschen erwarten, die zu uns kommen, wenn wir ihnen die Hilfe zukommen lassen, die sie benötigen. Dabei dürfen wir dann aber weder vor der Presse noch vor politisch Andersdenkenden mit unserer Meinung hinter dem Berg halten.

Gern würde ich öfter auch zu originären Kreisthemen Stellung beziehen, genau wie zu übergeordneten politischen Themen, die den Kreis auch betreffen können.

Deshalb meine Bitte an Sie alle – Kreistagsabgeordnete, Kommunalpolitiker aus den Städten und Gemeinden sowie Sympathisanten der CDU: Wann immer Sie eine Idee haben, wie wir das Gemeinwohl fördern können, und wann immer Sie Kenntnis haben von Missständen im Kreis, setzen Sie sich mit mir in Verbindung. Teilen Sie mir Ihre Auffassung zu allen Themen mit, die Sie bewegen. Glauben Sie mir, ich kann gut zuhören.

Als die Kraft, die die Probleme der Menschen im Kreis Pinneberg zu lösen in der Lage ist, können wir die CDU gemeinsam noch mehr in das Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken. Wir haben noch fast vier Jahre Zeit bis zur nächsten Kommunalwahl. Packen wir's an!

## EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

Obwohl wir alle mitten in den Sommerferien waren, gab es ein Thema, das die kommunale Selbstverwaltung im Kreis Pinneberg intensiv beschäftigte: Die Diskussion um die faire Verteilung der zur Verfügung stehenden Finanzmittel, sprich die Gestaltung der Kreisumlage.

Eine Arbeitsgruppe aus Politik und hauptamtlichen Vertretern der Ämter, Städte und des Kreises haben sich getroffen, um die Möglichkeiten einer weiteren Senkung der Kreisumlage auszuloten.

Vieles, was dort besprochen und verabredet worden ist, basiert auf dem Gedankengut und den Vorschlägen der CDU-Fraktion. Trotz allen Einvernehmens, das die Beteiligten heute an den Tag legen, sollten die Kommunen nicht vergessen, dass es die CDU war, die eine Senkung der Kreisumlage von Anfang an gefordert und überhaupt erst möglich gemacht hat.

Näheres über die laufenden Verhandlungen zwischen Kreis und Kommunen erfahren Sie auf Seite 2 dieses Newsletters. Unserem Pressesprecher bin ich dankbar, dass er ihn trotz seines wohlverdienten Urlaubs gestaltet hat.

Ihnen allen wünsche ich noch schöne Restferien und gute Erholung, um ab der zweiten August-Woche wieder mit frischer Kraft für das Wohl des Kreises Pinneberg aktiv sein zu können.

Bis dahin bleibe ich Ihnen freundschaftlich verbunden.

Ihre

Heike Beukelmann  
Fraktionsvorsitzende

## Gespräch über kommunale Finanzbeziehungen im Kreis Pinneberg am 19.07.2019

### Heike Beukelmann

Vorsitzende der CDU-Fraktion im  
Pinneberger Kreistag



Noch in einer Zeit, in der die Steuereinnahmen bereits sprudelten wie kaum je zuvor, taten sich die anderen Fraktionen im Kreistag trotzdem schwer, über eine Senkung der Kreisumlage überhaupt nachzudenken. Die SPD hatte eine solche sogar lange kategorisch abgelehnt.

Anlässlich der Haushaltsberatungen für 2019/20 gelang es der CDU, Bündnis 90/Die Grünen dafür zu gewinnen, zum Haushaltsjahr 2019 die Kreisumlage um 2% auf 37,25% zu senken. Für 2020 hat nun eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der Städte, Ämter, Gemeinden und des Kreises über das weitere Vorgehen beraten. Diskutiert wurden auch Gründe, die eine Reduzierung aufgrund der realistischen Finanzsituation des Kreises möglicherweise nicht verantwortbar erscheinen lassen. Für den Kreis sind das die nach wie vor steigenden Ausgaben in der Sozial- und Jugendhilfe. Aber insbe-

sondere die nach wie vor unklaren Formulierungen beim Kommunalen Finanzausgleich des Landes und der Kitareform lassen z.Zt. keine gültige Aussage zu, in welcher Höhe in 2020 die Kreisumlage gesenkt werden könnte. CDU, FDP und Grüne können nur gemeinsam hoffen, dass die Jamaika-Koalition in Kiel schnellstmöglich belastbare Aussagen zum Finanzausgleich trifft.

Um auf beiden Seiten zu Einsparungen durch Synergieeffekte zu kommen, haben wir bei den letzten Haushaltsberatungen auch einen Haushaltsbegleitbeschluss auf den Weg gebracht, der eine engere Zusammenarbeit innerhalb der kommunalen Familie anregt und damit zu Einsparungen führen kann, beispielsweise im Bereich Personalservice, Bürgerservice, Buchhaltung und Vollstreckung. Anhand von zuvor ermittelten Kennzahlen soll auf allen Seiten auch eine größere Transparenz bei den zu leistenden Aufgaben und Ausgaben geschaffen werden.

Ich bitte alle, die auf kommunaler Ebene tätig sind, hieran aktiv mitzuarbeiten. Ein besonderes Augenmerk möchte ich zukünftig auch auf die kleineren Kommunen richten, die in der Vergangenheit überwiegend finanziell solide aufgestellt waren, während größere Städte und auch der Kreis Pinneberg unter dem Rettungsschirm des Landes standen. Hier ist in den letzten Jahren ein gegensätzlicher Effekt festzustellen. Auch das sollten wir in der Gesamtbetrachtung einer weiteren Senkung der Kreisumlage berücksichtigen.

*Die öffentliche Erklärung der Kreisverwaltung über das Treffen finden Sie in dem nebenstehenden Kasten rechts, eine entsprechende Presseerklärung auf Seite 3.*

### Öffentliche Erklärung über die Gesprächsergebnisse:

1. Verständigung über eine jährliche Lagebewertung der Finanzsituation und Erörterung von Handlungsbedarfen

Die AG der Kämmerer hat sich bewährt und soll fortgeführt werden – es wird festgestellt, dass die Arbeitsergebnisse der Gruppe, die letztlich eine fachliche Verständigung über die Faktenlage und mögliche Schlüsse daraus sind, nur empfehlenden Charakter haben können.

Die AG soll aus dem Kreise der Fraktionsvorsitzenden und Verwaltungsleiter einen klaren Arbeitsauftrag mit fachlich-inhaltlichen Kriterien erhalten, anhand dessen möglichst objektiv die finanzielle Leistungsfähigkeit aller Kommunen, einschließlich des Kreises – auch anhand der Jahresabschlüsse mit geeigneten Kennzahlen bewertet werden kann. Einerseits entsteht durch eine zukünftige Fortschreibung dieser Daten ein längerer Betrachtungszeitraum, andererseits soll jeweils eine Prognose für eine Mittelfristplanung abgegeben werden.

Die Ergebnisse sollen regelmäßig durch Fraktionsvorsitzende und Verwaltungsleiter in einer gemeinsamen Sitzung (mindestens jährlich) bewertet werden.

Das Ziel ist eine gemeinsame finanzpolitische Strategie, die sowohl in Bezug auf die Umlagerhebung als auch die künftige Wahrnehmung von Aufgaben wirken soll.

Finanzwirksame Beschlüsse, oder auch politische Bewertungen bleiben den kommunalen Selbstverwaltungsgremien vorbehalten.

2. Verlässliche Aussage zur Entwicklung der Kreisumlage, mit der die Kommunen planen können

Es besteht ein gemeinsames Verständnis dafür, dass im Falle einer Veränderung der Finanzlage Kreisumlagenveränderungen in beide Richtungen vertreten werden, um das langfristige Ziel eines HH-Ausgleichs zu erreichen.

„Kurzfristige Schwankungen“ müssen aus der Rücklage aufgefangen werden.

Die Kommunen wünschen sich im Sinne eines partnerschaftlichen Umgangs hierzu eine rechtzeitige Einbindung in die Überlegungen – mindestens ab dem nächsten Doppelhaushalt 2021/2022.

3. Durchführung von Aufgaben seitens des Kreises

Sowohl Kreis als auch Kommunen erledigen im Rahmen ihrer Selbstverwaltungshoheit Aufgaben nach eigenem Ermessen. Dies wird gegenseitig akzeptiert.

Die Kommunen bieten Beratung und Verständigung vor abschließender Beschlussfassung des Kreistages über neue Aufgaben mit erheblichen Auswirkungen an.

Der regelmäßige Austausch zwischen Fraktionsvorsitzenden und Verwaltungsleitern kann sich hierfür anbieten.

Seitens des Kreises besteht ein hohes Interesse daran, im Dialog mit den Kommunen zu erörtern, wo „der Schuh drückt“ und ggf. Förderbedarf entsteht.

4. Kooperation

Kommunen und Kreis sprechen sich in der Überzeugung eines wirtschaftlicheren Handelns für eine verstärkte gemeinsame Aufgabenwahrnehmung durch Kooperationen und Aufgabenübertragungen aus. Insbesondere bei Querschnittsaufgaben wie IT, digitaler und telefonischer Bürgerservice, Finanzen, Vergaben und Personal können weitere Potentiale gehoben werden.

Es wurde vereinbart, über die Fortschritte in den wichtigsten Kooperationsfeldern regelmäßig bei den Zusammenkünften zu berichten.

5. Alternative Modelle einer gerechten Kommunalfinanzierung neben der Kreisumlage

Die Kreispolitik wünscht sich Vorschläge von den Kommunen, um gemeinsam sinnvolle Impulse zur optimalen Erfüllung der Aufgaben geben zu können und darüber hinaus in Zusammenhang mit der unter 1) genannten Bewertung der Finanzlage und Entwicklung einer Finanzstrategie eine den jeweiligen Aufgaben gerecht werdende Finanzierung zu finden.



**Im  
Profil:**

**Martina  
Kaddatz**

wurde 1957 geboren und ist in Hanerau-Hademarschen im Kreis Rendsburg-Eckernförde aufgewachsen. Sie hat ihre Schulzeit mit dem Abitur abgeschlossen, ist verheiratet und Mutter zweier erwachsener Kinder. Gemeinsam mit ihrem Mann wohnt sie heute in Bönningstedt. Viele Jahre lang war sie als Medizinisch-Technische Assistentin im Alten Eichen und später im Elim-Krankenhaus tätig. Heute ist sie für das Qualitäts-Management eines großen Hamburger Labors zuständig. Fernreisen sind ihre große Leidenschaft, die Wochenenden an der Nordsee sind Erholung für Martina Kaddatz.

Seit über 20 Jahren ist sie politisch aktiv. 1999 wurde sie Ortsvorsitzende, im selben Jahr rückte sie in die Gemeindevertretung in Bönningstedt nach. Seit 15 Jahren ist sie direkt gewählte Kreistagsabgeordnete für Bönningstedt, Hasloh und Teile von Quickborn.

Zunächst war sie familienpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion und wichtige Kraft im Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Senioren. Hier setzte sie sich insbesondere für eine stabile und sinnvolle Sucht- und Gewaltprävention ein. Darüber hinaus gehörte Martina Kaddatz dem Aufsichtsrat der Regiokliniken an, bevor diese von SANA übernommen wurden. Seit nunmehr sechs Jahren arbeitet sie im Ausschuss für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Verkehr mit.

Wichtig ist ihr, dass auch künftig CDU-Haushaltspolitik mit Augenmaß dafür sorgt, dass auch weiterhin wichtige Investitionen in die Infrastruktur getätigt werden. Außerdem setzt sie sich für eine starke Wirtschaftsförderung im Kreis sowie die Verbesserung des ÖPNV und der Verkehrswege ein.

2008 ist Martina Kaddatz einstimmig zur 2. Stellvertretenden Kreispräsidentin gewählt worden. In diesem Amt hat sie fünf Jahre lang Maßstäbe gesetzt, indem sie unseren damaligen Kreispräsidenten bei zahlreichen repräsentativen Anlässen hervorragend vertretete.

## PRESEMITTEILUNG

der Kreisverwaltung  
**Kreis, Städte und Gemeinden  
tagen im Kreishaus zum Thema  
kommunale Finanzbeziehungen**

Am vergangenen Freitag (19.7.2019) trafen sich die hauptamtlichen Bürgermeister, Amtsdirektoren und Leitenden Verwaltungsbeamten der Gemeinden und Städte des Kreises zusammen mit den Fraktionsvorsitzenden des Pinneberger Kreistages und Landrat Oliver Stolz zu einem Gespräch über kommunale Finanzbeziehungen. In dem rund zweistündigen Gespräch wurde zunächst einvernehmlich festgestellt, dass die vor kurzem etablierte Zusammenarbeit der kommunalen Kämmerer sich bewährt hat und fortgeführt werden soll. Die Arbeitsgruppe soll objektiv die finanzielle Leistungsfähigkeit aller Kommunen, einschließlich des Kreises, mit geeigneten Kennzahlen beschreiben, z. B. anhand der Jahresabschlüsse. Diese Ergebnisse können danach regelmäßig durch Fraktionsvorsitzende und Verwaltungsleitungen in gemeinsamen Sitzungen bewertet werden, um eine abgestimmte finanzpolitische Strategie zu erarbeiten. Finanzwirksame Beschlüsse oder auch politische Bewertungen bleiben den kommunalen Selbstverwaltungsgremien vorbehalten.

Weiterhin wurde ausführlich über den Wunsch der Städte und Gemeinden gesprochen, möglichst frühzeitig verlässliche Aussagen zur Entwicklung der Kreisumlage zu bekommen. Die Anwesenden waren sich einig, dass im Falle einer Veränderung der Finanzlage des Kreises eine Anpassung der Höhe der Kreisumlage in beide Richtungen möglich sein muss, um das langfristige Ziel eines Haushaltsausgleiches aller Kommunen zu erreichen. Bei sich abzeichnenden Kreisumlagenveränderungen werden die Kommunen rechtzeitig durch die regelmäßigen Gespräche vorab in die Überlegungen zum Kreishaushalt eingebunden.

Auch die Verflechtung der Finanzen und der Aufgaben zwischen dem Kreis und den Kommunen wurde gründlich durchleuchtet. Die Kommunen bieten ausdrücklich an, schon vor abschließenden Entscheidungen über neue oder erweiterte Aufgaben für Gespräche zur Verfügung zu stehen. Darüber hinaus besteht seitens des Kreises ein hohes Interesse daran, im Dialog mit den Kommunen zu erörtern, wo „der Schuh drückt“ und ggf. Förderbedarf entsteht.

Kommunen und Kreis sprachen sich im Verlaufe der Sitzung für eine verstärkte gemeinsame Aufgabenwahrnehmung aus, insbesondere bieten sich Querschnittsaufgaben wie IT, digitaler und telefonischer Bürgerservice, Finanzen, Vergaben und Personal an. Hier soll die Zusammenarbeit

weiter intensiviert werden, um insgesamt noch wirtschaftlicher als bisher zu handeln. Abschließend wurde von den anwesenden Kreispolitikern der Wunsch geäußert, Ideen für eine gerechtere Kommunalfinanzierung neben der Kreisumlage zu entwickeln.

Landrat Oliver Stolz bedankte sich bei allen Beteiligten:

„Bei aller notwendigen Unterschiedlichkeit freue ich mich darüber, wenn wir auf dieser Grundlage weitere Gespräche auch im Interesse eines wachsenden Verständnisses für die jeweiligen Belange führen können“.

Oliver Carstens, Pressesprecher

*Soweit also die Pressemitteilung des Landrats, gezeichnet vom Pressesprecher des Kreises.*

*Unser Vorstandsmitglied Ortwin Schmidt hat durchaus Recht, wenn für ihn in diesem Zusammenhang der Artikel aus dem Tageblatt vom 24. Juli unklar bleibt, in dem Bürgermeister kleinerer Gemeinden befragt werden, wie sie die von der Kreisverwaltung versprochene 1-prozentige Senkung der Kreisumlage verwenden wollen.*

*„Honi soit qui mal y pense“ - ein Schelm, der Böses dabei denkt.*

## TERMINE

**Montag, 1.7. – Sonntag, 11.8.2019  
SOMMERFERIEN**

**Ab Montag, 5. August 2019**

ist die Kreisgeschäftsstelle der CDU wieder geöffnet.

**Donnerstag, 15.8.2019, 18.00 Uhr:**

Öffentliche Sitzung des Jugendhilfe-Ausschusses  
Elmshorn, Kreishaus

**Dienstag, 20.8.2019, 18:30:**

Öffentliche Sitzung des Ausschusses für  
Wirtschaft, Regionalentwicklung und Verkehr  
Elmshorn, Kreishaus

**Donnerstag, 22.8.2019, 17:00:**

Kreisstraßen- und Radwegebereisung

**Dienstag, 27.8.2019, 18.30 Uhr:**

Öffentliche Sitzung des Finanzausschusses –  
Elmshorn, Kreishaus

**Mittwoch, 28.8.2019, 16.30 Uhr:**

Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses –  
Elmshorn, Kreishaus

**Donnerstag, 29.8.2019, 18.30 Uhr:**

Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt,  
Sicherheit und Ordnung – Elmshorn, Kreishaus

## IMPRESSUM

Herausgeber: Der Vorstand der CDU-Fraktion  
im Pinneberger Kreistag

Redaktion/Produktion: Burkhard E. Tiemann  
Fotos: CDU, B. E. Tiemann.

Redaktionsadresse:

CDU-Kreisgeschäftsstelle  
Rübekamp 72 | 25421 Pinneberg

Tel.: 04101 / 22927 | Fax: 04101 / 591761

Email: newsletter@cdu-kreistag-pinneberg.de

www.cdu-kreistag-pinneberg.de